

ANTIKRIEGSTAG 2019

80. JAHRESTAG DES BEGINNS DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Kriege und Interventionen beenden

Fluchtursachen bekämpfen – Abrüsten statt Aufrüsten!

80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges rufen wir dazu auf, Kriege und Kriegstreiberei zu beenden sowie umfassend abzurüsten!

Am 1. September 1939 begann das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den verheerendsten Krieg der Geschichte. Weltweit führte er zur Zerstörung ganzer Länder und zum Tod von 60 bis 80 Millionen Menschen, davon mehr als 27 Millionen allein in der Sowjetunion.

NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!

Dies war nach der Befreiung von Krieg und Faschismus gesellschaftlicher Konsens, doch nimmt die Militarisierung deutscher Politik stetig zu. Gleichzeitig erstarken in einem Klima der Verunsicherung und sozialen Spaltung rechtsradikale, menschenfeindliche, rassistische und chauvinistische Kräfte.

VON DEUTSCHLAND SOLLTE NIE WIEDER KRIEG AUSGEHEN!

Doch wurden in den letzten Jahrzehnten die Kriegsschauplätze stetig ausgeweitet, an denen Deutschland und seine Verbündeten in der EU und der NATO direkt oder indirekt beteiligt sind. Auch heute werden Kriege um wertvolle Ressourcen und strategische Vormachtstellungen in der Welt geführt. Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Mali ... – immer mehr Staaten Asiens, der arabischen Welt und Afrikas wurden durch Kriege und Interventionen in ein mörderisches Chaos gestürzt. Westliche Rüstungsexporte heizen weitere gewaltsame Konflikte an. Über 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht – die meisten vor Krieg und Verfolgung.

In **Syrien** sterben Menschen nicht nur durch Terror und Krieg, sondern auch wegen des von den USA und der EU verhängten Embargos, das den Wiederaufbau der zerstörten Städte blockiert und selbst eine ausreichende medizinische Versorgung verhindert. Durch Washingtons Eskalation des Wirtschaftskriegs **gegen den Iran**, durch Säbelrasseln und westliche Truppenaufmarschpläne wächst die Gefahr eines neuen Krieges am Golf, der noch verheerender würde als der gegen den Irak und einen Flächenbrand entfachen könnte.

Statt nach dem Kalten Krieg ein kollektives Sicherheitssystem in Europa aufzubauen, das auch die legitimen Sicherheitsinteressen **Russlands** berücksichtigt und auf Kooperation statt auf Konfrontation aufbaut, haben die **NATO-Staaten** ihren gigantischen Militärapparat ständig weiter Richtung Russland vorgeschoben. Mit Großmanövern und Truppenstationierungen an den Grenzen Osteuropas wird die Drohkulisse gegen Russland stetig verschärft.



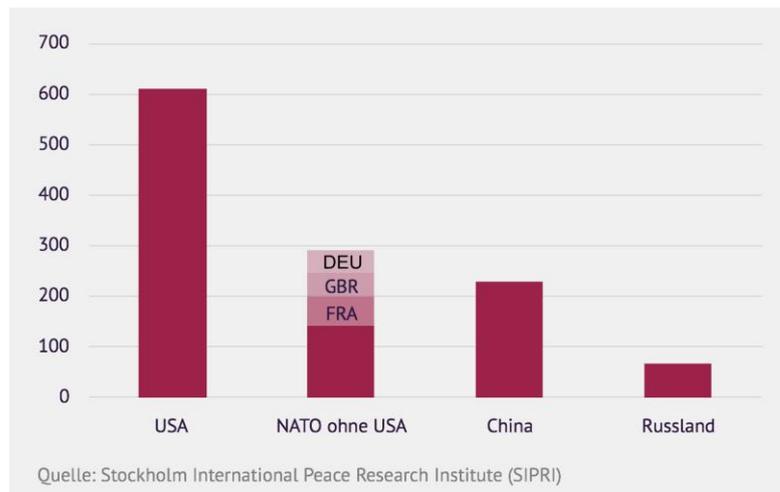
Russland wird als **Bedrohung** stilisiert, obwohl es **15mal weniger für sein Militär** ausgibt als die NATO-Staaten. Diese planen sogar, ihre **Militärausgaben** drastisch weiter auf **2% der nationalen Wirtschaftsleistung** zu erhöhen, was für **Deutschland eine Verdoppelung auf über 80 Milliarden Euro** bedeuten würde – Geld, das im sozialen Bereich dringend gebraucht wird.

Deutschland mischt wieder mit Großmachtspolitik mit, u.a. durch Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenexporte an kriegführende Staaten und Unterstützung von „Regime Change“-Bemühungen. Anstatt sich international deeskalierend einzubringen, unterstützt Berlin Provokationen und den Bruch des Völkerrechts, wie z.B. in Venezuela.

Angesichts der historischen Verpflichtung Deutschlands nach zwei zu verantwortenden Weltkriegen fordern wir deshalb von Bundesregierung und Bundestag:

- Sorgen Sie dafür, dass „von deutschem Boden nur Frieden ausgeht“, wie es im Zwei-plus-Vier-Vertrag völkerrechtlich bindend festgelegt wurde.
- Rüsten Sie ab statt auf und investieren Sie die Milliarden statt in Krieg in soziale Sicherheit und einen ökologischen Umbau.
- Beenden Sie alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland.
- Stoppen Sie die Rüstungsexporte.
- Unterschreiben Sie den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO.
- Setzen Sie den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden durch und verweigern Sie eine erneute Stationierung von Mittelstreckenwaffen.
- Verboten Sie den USA unverzüglich die Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland zur Kriegsführung und kündigen Sie fristgemäß die Truppenstationierungsverträge.
- Wenden Sie sich gegen die Aufrüstung und Militarisierung der EU.
- Leiten Sie eine Entspannungspolitik mit Russland ein, beenden Sie die deutsche Beteiligung an Truppenstationierung und Manövern an den Grenzen Russlands.
- Verweigern Sie die Unterstützung von Wirtschaftsblockaden und achten Sie zukünftig die UNO-Charta und das Völkerrecht.

Vergleich Rüstungsausgaben 2017 in Mrd. US-Dollar



Friedensbündnis Heidelberg

Kundgebung und Infostände von DGB HD, Friedensbündnis Heidelberg u. A.

Sa. 31.08.2019

11 - 15 Uhr | Hauptstr./Anatomiegarten, Heidelberg

Infos und Kontakt • www.friedensbuendnis-heidelberg.de